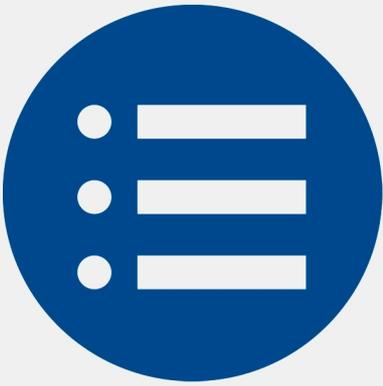




Auswertung der
AGS-Umfrage zu den
Auswirkungen der
Corona-Krise unter aller
Selbstständigen
SPD-Mitgliedern in Sachsen.



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Auswertung der Umfrage	2
• Umsatzlevel & Lieferantenpreise.....	2
• Unternehmensperspektiven & Preisentwicklung	3
• Folgenabschätzung.....	4
• Hilfsangebote.....	5
• Feedback zu Hilfsangeboten.....	6
• Auswirkung auf Beschäftigung.....	7
Wie weiter nach der Krise?	8
• Technische und organisatorische Veränderungen	8
• Änderung des Geschäftsmodells oder Produktangebotes.....	8
Datenschutzhinweis und Impressum	9

EINLEITUNG

Wir als Selbstständige sind durch die gravierenden Einschränkungen des Wirtschaftslebens durch die Corona-Pandemie massiv in unserer Existenz bedroht. Unter den Begriff „Selbständige“ fallen nicht nur solche in Kreativberufen und Start-ups, sondern auch Handwerker, wie Bäcker, Fleischer oder Gebäudereiniger.

Nachfolgend präsentieren wir die wichtigsten Ergebnisse zu den dringendsten Bedürfnissen der befragten Mitglieder zur finanziellen Situation der Unternehmerinnen und Unternehmer. Viele gute Ideen und Ansätze sind hier vermerkt.

Der AGS Landesvorstand Sachsen freut sich außerordentlich, dass 107 der 385 angeschriebenen AGS-Mitglieder und damit fast 36% der selbstständig und unternehmerisch tätigen Mitglieder der SPD-Sachsen bei unserer kurzfristigen Umfrage vom 6. bis zum 18. April mitgemacht haben. Eine sensationelle Quote! Vielen Dank dafür!

Wir möchten positiv hervorheben, dass die Bundesregierung und auch die sächsische Staatsregierung bereits Soforthilfen für kleine und mittelständische Unternehmen beschlossen haben. Darin sind viele wichtige Forderungen, die in der Umfrage gestellt wurden, bereits ganz oder teilweise berücksichtigt.

Einiges aber noch nicht, und vor allem: Wir wollen mit unserer Auswertung noch einmal den Druck erhöhen, noch zielgerichteter zu handeln – so, wie es viele Betroffene gefordert haben!

Als AGS-Landesvorstand sind wir mit dieser Umfrage in der Lage, die Interessen und Bedürfnisse von knapp 8% der Mitglieder der SPD-Sachsen direkt an unsere Mitglieder des

Landtages, der Staatsregierung, des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments zu artikulieren.

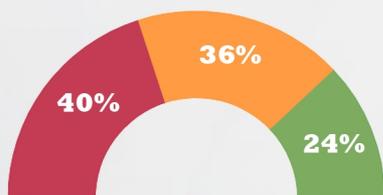
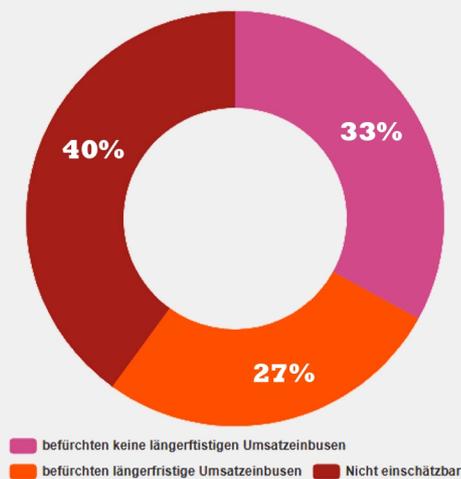


AUSWERTUNG DER UMFRAGE NIEDRIGERES UMSATZLEVEL

Auf die Frage: „*Rechnest Du in Folge der Corona-Krise damit, dass der Umsatz in deinem Unternehmen längerfristig auf einem niedrigen Level bleibt?*“ antworteten **40%** der Befragten, dass sie dies **derzeit nicht einschätzen** können.

Ein Drittel teilt diese Befürchtung nicht, während **27%** der Befragten von einer **langfristigen Umsatzeinbuße** ausgehen.

Daran zeigt sich, dass die Forderung nach einer **längeren tilgungsfreien Zeit** bei der Bedienung der Kredite genauso sinnvoll ist, wie die Möglichkeit, **unter bestimmten Umständen einen (Teil)Erlass der Schulden** vorzusehen.



■ Unsicher ■ Steigende Lieferantenpreise erwartet ■ gehen von gleichbleibenden Lieferantenpreisen aus

ENTWICKLUNG DER LIEFRANTENPREISE

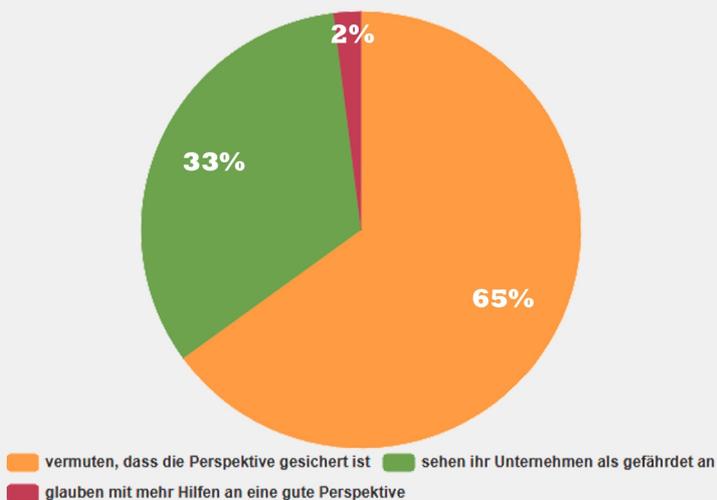
Auch die Einschätzung der Befragten in Bezug auf die zukünftige Entwicklung der Lieferantenpreise unterstützt die Forderung nach einer längeren tilgungsfreien Zeit bei der Bedienung der Kredite bzw. eines (Teil)Erlass der Schulden.

Denn ähnlich wie bei der Abschätzung des Umsatzlevels sind auch bei der **Entwicklung der Lieferantenpreise fast 40% der Befragten noch unsicher** über die zukünftige Entwicklung und 36% gehen sogar von steigenden Lieferantenpreise aus.

In Kombination mit einem langfristig niedrigeren Umsatzlevel führt dies also zu einer **doppelten Belastung der Selbständigen**.

UNTERNEHMENSPERSPEKTIVEN

Ist das Unternehmen gefährdet?



Auf die Frage: „Fürchtest Du in Folge der Corona-Krise eine Gefährdung deines Unternehmens?“ glauben **zwar 65 % der Befragten, dass ihre Perspektive gesichert sei** - die Unsicherheit und der Pessimismus bei der Einschätzung der relevanten Finanzparameter „Umsatz“ und „Lieferantenpreise“ führen jedoch zu der dramatischen Einschätzung, **dass 33% aller Befragten die Unternehmensperspektive als gefährdet ansehen.**

FOLGENABSCHÄTZUNG

Gefragt war hier: „Auf welche Folgen der Corona-Krise muss sich dein Unternehmen einstellen?“ Die Umfrageergebnisse zeigen, dass besonders mit **Erlösrückgängen (69,4%)** - und daraus folgend mit einem **Rückgang geplanter Investitionen (39,8%)** - gerechnet wird.

Eine Anzahl an Teilnehmern will sich **zukünftig besser für Krisensituationen wappnen (11,1%)**. Hier stehen besonders die Überprüfung von kritischen Transportwegen, genauso wie Auswirkungen auf zukünftige Lagerhaltungen im Vordergrund. Dies ist ein Hinweis darauf, zukünftig krisenfeste Lager- und Logistikprozesse zu gestalten, da die Gesamtheit der Prozesse wie Produktion, Kommissionierung und Auslieferung aktuell einem enormen Stresstest unterzogen werden.

Viele Teilnehmer sind in der bisherigen Corona-Krise neue digitale Wege gegangen. Dies zeigt die hohe Anzahl von Bewertungen der Frage: **Wird Dein Unternehmen nach der Krise digitaler sein als vorher? (33,3%)** Das Arbeiten mit digitalen Formaten im Home-Office nahm hier einen überwiegenden Teil der Antworten ein. Dadurch hat die Corona-Krise sicher in vielen Bereichen des unternehmerischen Alltags eine Digitalisierung erzwungen.

Sie ist deshalb gleichzeitig eine große Chance gerade hier auch zukünftig neue Wege zu gehen und digitale Technologien in den unternehmerischen Alltag noch stärker zu übernehmen.

Das wirft gleichzeitig neue Fragen auf (Teilnehmeranmerkung aus dem Kulturbereich):

„Durch die Krise verlagern wir gerade zum ersten Mal eine Produktion komplett in den digitalen Raum. Für uns ist das in organisatorischer und ästhetischer Hinsicht eine spannende, zukunftsweisende Frage: Können wir Kulturprojekte nur fürs Internet entwickeln - und werden wir dafür auch nach der Krise Fördermittel bekommen?“

Einige Teilnehmer wiesen aber auch auf die Kehrseite einer erzwungenen Digitalisierung hin. Da sich beispielsweise im IT-Bereich, die Gleichzeitigkeit von Entwicklung/ Home-Office und Homeschooling zu Lasten des Umsatzes auswirken.

Auch anderen Folgen (23,1%) wie ein erhöhter Preiskampf, Preisschwankungen, befürchtete unfaire Wettbewerbspraktiken und eine Verschlechterung der Zahlungsmoral in Folge der Krise spielten eine wichtige Rolle.



Die hohe Anzahl der Reaktionen auf die Frage nach den Folgeabschätzungen mit einer hohen Anzahl unterschiedlicher Folgeabschätzungen lässt auf eine aktuell **hohe Marktunsicherheit** schließen. In der Spannweite gehen diese von „keine Folgen“ über ein flaes Gefühl bis zur Existenzbedrohung. Die befragten Unternehmen versuchen durch individuelle Maßnahmen der Krise zu begegnen. Welche Maßnahmen in Einzelfall richtig und geboten sind, hängt selbstverständlich von der individuellen Situation in einem Betrieb ab.

Um aber zu einer Reduktion der Unsicherheit und damit zu einer Marktberuhigung beizutragen, ist es jetzt besonders wichtig, Beständigkeit zu signalisieren.

Für politische Entscheidungsträger gilt es jetzt **eindeutige und einheitliche Vorgaben** zu machen und so auch zu handeln.

Nach Ansicht der AGS, kann die öffentliche Verwaltung jetzt ebenfalls helfen, indem sie vereinbarte Zahlungsfristen nicht bis zum letzten Tag ausschöpft und Rechnungen, mit Verzicht auf den x-ten Prüfvorgang und die letzte Mitzeichnung, möglichst schnell bezahlt. Entscheidungen über Projekte, die „in der Pipeline“ sind, sollten gerade jetzt getroffen und nicht auf Grund der Krise auf später verschoben werden. Über Ausschreibungen sollte ebenfalls jetzt entschieden werden. Bindefristen sollten nicht verlängert werden und Zuschüsse, Fördermittel und Rückerstattungen sofort fließen. Wirksam helfen kann auch, verbindliche Zusagen über Projekte jetzt zu treffen, auch wenn sie erst in einigen Wochen oder Monaten bearbeitet werden können oder sollen.

Solche Zusage können helfen, den Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive zu geben und abzuschätzen, ob und wie es nach der Krise weitergeht. Und ob es lohnt, die Belegschaft zusammenzuhalten.

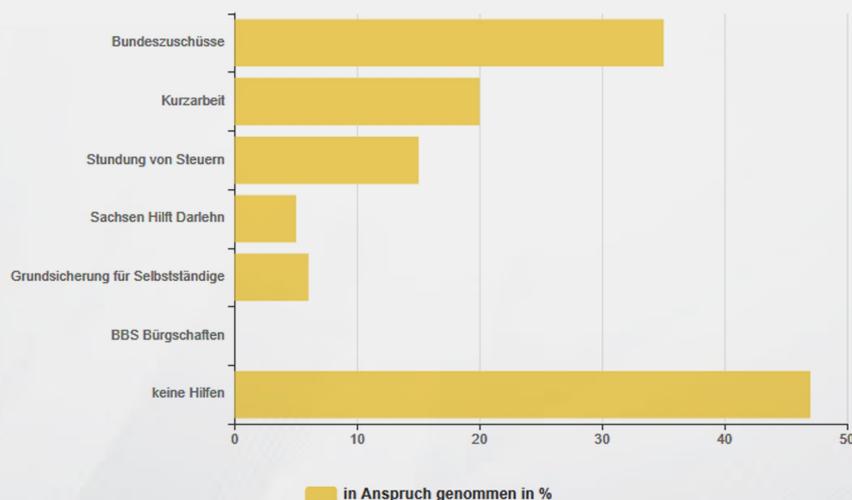
HILFEN VON BUND, LAND UND KOMMUNEN

Wenngleich in den letzten Wochen zahlreiche Hilfen wie Sofortzuschüsse, Liquiditätshilfen, Kredite, vereinfachte Regelungen zum Kurzarbeitergeld und der erleichterte Zugang zur Grundsicherung auf den Weg gebracht wurden und es sich abzeichnet, dass in den nächsten Wochen viele Nachbesserungen erfolgen, ist aus den Umfrageergebnissen dennoch ein **Trend ablesbar**.

53% und damit nur knapp über die Hälfte der befragten Unternehmen haben Hilfen erhalten. Auf die Frage: „*Welche staatlichen Hilfen haben am meisten geholfen?*“, rangiert der **Zuschuss des Bundes in Höhe von 9000 € bzw. 15.000 € (34,3% bzw. 3,7%) an erster Stelle**, gefolgt von **Kurzarbeit für die Mitarbeiter (19,4%)** und der **Stundung von Steuern und Abgaben (15,7%)**. Damit fallen 73 % der erhaltenen Hilfen in diese drei Bereiche.

Das **Soforthilfeprogramm der SAB nahmen bisher 4,6%** der Befragten und die **Grundsicherung für Selbstständige und Freiberufler 6,5%**, in Anspruch. Viele haben dabei Hilfen kombiniert bspw. den Sofortzuschuss des Bundes mit dem Kurzarbeitergeld für Mitarbeiter und der Möglichkeit, Steuern und Abgaben zu stunden. Durch die Mehrfachantworten bieten die Prozentwerte lediglich einen Anhaltspunkt, eine bereinigte Angabe ist nicht möglich.

Hilfen von Bund, Land & Kommune



Die Tatsache, dass 47% der befragten Unternehmen **keine Hilfen erhalten** haben, weil sie diese entweder nicht beantragt oder trotz Beantragung nicht erhalten haben, zeigt, dass für viele Branchen wie bspw. Die Kultur- und Kreativwirtschaft, Unternehmen ab 10 Mitarbeiter sowie Soloselbstständige und Einzelunternehmer, die angebotenen Hilfen nicht wirksam greifen.

Angaben von Teilnehmern dazu: „Leider keine, da mein Unternehmen durch jedes Raster fällt.“; „Mein Unternehmen ist nicht lange genug am Markt“; „Bundeshilfen nützen mir nichts, da ich 12 Mitarbeiter habe.“

Ein anderer Teilnehmer fasst seine Situation so zusammen: „Wir haben in kleinen Teilen Kurzarbeiter-Geld eingeleitet - nur anteilig, um die Unternehmensproduktivität nicht zu zerstören. Aber wir haben weder Antwort von der BA noch die Vorauszahlungs-Erstattung erhalten. Der Bundes-Zuschuss klingt zwar schön, aber wird uns wahrscheinlich nicht weiterhelfen, da uns die Bedingungen zu heikel sind. Und ein Darlehen finden wir nicht unbedingt hilfreich. Express-Bürgschaften bedeuten - ein Stück weit - Unternehmensanteile abgeben an das Land Sachsen. Stundungen von Steuern ist nur ein Verlagern - das ist nicht unser Stil. Es fehlt im Kern immer noch eine echte Hilfe vom Land Sachsen, so wie es in anderen Bundesländern ja durchaus gewährt wird.“

Es ist daher gut und angesichts der Krise, deren Dimension wir uns alle wohl noch nicht wirklich vorstellen können, unbedingt nötig, dass sich Politik und öffentliche Verwaltungen weiterhin Gedanken darüber macht, wie kleinen und mittleren Unternehmen,

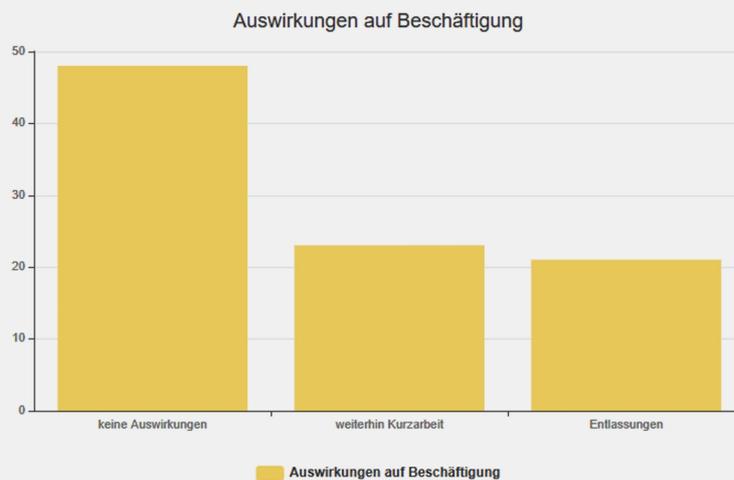
Soloselbstständigen und Freiberuflern noch zielgerichteter geholfen werden kann. **Die bisherigen Hilfen sind gut, aber wenn man mit den Betroffenen spricht, offensichtlich noch nicht gut genug!**



AUSWIRKUNG AUF BESCHÄFTIGUNG

Auf die Frage: „Mit welchen Auswirkungen auf Deine Mitarbeiter rechnest du?“ antworteten **48% der Unternehmen mit: „Keine Auswirkungen“**. **23% rechnen weiterhin mit Kurzarbeit**. **21% rechnen mit Entlassungen**.

Der durchaus erfreulich hohe Wert bei der Antwort „Keine Auswirkungen“ ist bei einer vertieften Betrachtung allerdings hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die teilgenommenen Soloselbstständigen und Einzelunternehmer auf Grund ihrer Einzelunternehmereigenschaft diese Antwort mit Anmerkungen wie: „Ich bin Soloselbständiger“ oder „Ich bin allein tätig“, kombiniert haben.



Bei den teilgenommenen Unternehmen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rangiert die Kurzarbeit als Mittel, die Situation aufzufangen, knapp vor der Entlassung. Damit ist hier kein eindeutiger Trend abzulesen. Erkennbar ist vielmehr auch hier ein **hoher Unsicherheitsfaktor**, ob Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Perspektive haben und ob es sich lohnt, die Belegschaften zusammenzuhalten.

Die hohe Antwortdichte in der Freifeldantwort „Andere Folgen“ deutet darauf hin, dass viele Teilnehmer in dieser wichtigen Frage individuelle Lösungsstrategien mit einem hohen Maß an unternehmerisches Verantwortungsbewusstsein verbinden.

Beispielantworten: „...Wir werden mit allem uns zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen unsere Mitarbeiter zu unterstützen und zu halten. Eine echte Hilfe des Lands bzw. Staats wäre hier schön. Daran fehlt es noch. 60 % sind zu wenig. Warum kommt nicht endlich 80% Kurzarbeiter-Geld.“ (Anmerkung: Die neuen, höheren Regelungen wurden erst nach der Umfrage beschlossen) oder „...Angst, dass die Krise als Vorwand zur Abschaffung von Arbeitnehmerrechten genutzt wird.“ Auf weitere Hilfelücken weist die folgende Antwort hin: „Ein riesiges Problem sind die Azubis, welche ich nicht in Kurzarbeit schicken kann und voll bezahlen muss. Ob ich weiterhin so zahlreich ausbilden werden kann ist fraglich.“

Es kommt also in den nächsten Wochen und Monaten darauf an, weitere Hilfen bei der Ausweitung der Kurzarbeit und in der dualen Berufsausbildung im Bund und im Freistaat Sachsen zu beschließen, um Entlassungen zu vermeiden und Berufsausbildung abzusichern.

Da Unternehmen nicht in der Lage sind, über lange Zeiträume ungenutzte Produktionskapazitäten aufrechtzuerhalten, sind in der Folge Nachfrage stimulierende Impulse dringend notwendig. Dies kann beispielsweise durch marktkonforme Eingriffe der Politik im Sinne von Kaufprämien und steuerlichen Anreizsystemen geschehen.

WIE WEITER NACH DER KRISE

TECHNISCHE UND ORGANISATORISCHE VERÄNDERUNGEN & ÄNDERUNG DES GESCHÄFTSMODELS ODER PRODUKTANGEBOTES

Bei der Beantwortung dieser beiden offenen Fragen gab es zwei Überraschungen:

- Zum einen, dass die Geschäftsmodelle oder Produktionsangebote nach der Krise sich kaum von denen vor der Krise unterscheiden werden und
- zum anderen, dass die anvisierten technischen und organisatorischen Veränderungen nicht wirklich überraschend sind – dafür aber überraschend vielfältig.

Bei den angestrebten Veränderungen wurden z.B. folgende Punkte genannt:

- **Abbau von Ausbildungsplätzen** („*Ein riesiges Problem sind die Azubis, welche ich nicht in Kurzarbeit schicken kann und voll bezahlen muss. Ob ich weiterhin so zahlreich ausbilden werden kann ist fraglich.*“)
- **Stärkere Nutzung von digitalem Marketing** mit Hilfe eines externen Dienstleisters.
- **Gewinnung größerer Zahl an Kunden** und damit Reduktion der Anfälligkeit beim Wegfall eines Kunden.
- Dazu gehört auch, **mehr private Kundschaft für Klein-Artikel** zu gewinnen, welche übers Internet vertrieben werden (sollen).
- Schaffung von **mehr Home-Office Plätzen**.
- **Verbesserung des digitalen Projektcontrolling** („*Ein Prozess, der bereits vor einem Jahr angestoßen wurde und in der Krise mit großem Druck vorangetrieben wird - auch weil in erheblichem Umfang nun Kapazitäten frei geworden sind.*“).
- **Weniger physische Meetings**, dafür mehr online Video- und Telefonkonferenzen. Hierfür gibt es aber auch Grenzen („*In meinem Bereich (Regie und Theaterpädagogik) ist man auf direkten Kontakt und Austausch mit mehreren Personen angewiesen. Alle digitalen Arbeitsmöglichkeiten sind bereits ausgeschöpft.*“).
- **Komplette Neuorientierung**, da die bisherige Tätigkeit auf absehbare Zeit nicht mehr gefragt sein wird. (Nur 1x genannt).
- **Einschränkung der Ladenöffnungszeiten**.
- **Zeitnahe Rechnungsstellung** nach Leistungserbringung - in kürzeren Etappen.
- **Mehr finanzielle Rücklagen** bilden.

Interessant ist aber auch der Hinweis eines Teilnehmers zum Zusammenhang von Liquiditätsplanung, Steuerpolitik und Unternehmenskultur:

„Dass nunmehr nach nur einem Monat offensichtlich Notprogramme erforderlich sind spricht einerseits für eine schlechte Unternehmenskultur und andererseits für eine Steuerpolitik, die eine Rücklagenbildung nicht angemessen berücksichtigt!“

DATENSCHUTZHINWEIS UND IMPRESSUM

Bei der Umfrage handelte es sich um eine anonyme Umfrage.

In den Umfrageantworten wurden keine persönlichen Informationen über Teilnehmer gespeichert, es sei denn, in einer Frage wurde explizit danach gefragt (Mailadresse). Wenn für diese Umfrage von den Teilnehmern ein Zugangsschlüssel benutzt wurde, ist dieser nicht zusammen mit den Daten abgespeichert. Er wurde in einer getrennten Datenbank aufbewahrt und nur aktualisiert, um zu speichern, dass diese Umfrage abgeschlossen wurde. Es gibt keinen Weg, diesen Zugangsschlüssel mit den Umfrageergebnissen zusammenzuführen.

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)

Devrientstraße 7

01067 Dresden

Tel: 0351/ 433560

Fax: 0351/ 4335622

E-Mail: ags-sachsen@spd.de

Homepage: www.ags-sachsen.de



Auswertung: Jörg Vieweg und Dr. Jens Katzek
Gestaltung: Falk Hammermüller